



Verband alleinerziehender Mütter und Väter, Bundesverband e. V.

Informationen für Eielfternfamilien

Die Chancen des Feminismus

inhalt

**Bilanz
Betreuungsunterhalt,
neue Rechtsprechung**

**2010:
Kindergeld und Unterhalt**

**Im Paket für Alleinerziehende:
Eine Kette**

**Betreuungsgeld
ist Rückschritt**

**Sorgerecht:
Europäischer Gerichtshof
beweist Weitblick**

**Internet-Portal:
1111 gewinnt**

**Happy Birthday
Edith Schwab**

**Fall(en)management im
SGB II**

**Bücher:
Bertram/Bertam:
Die Zukunft der Kinder**

**Christine Lehmann:
Mit Teufelsg`walt**

Sie möchte die erste Frau sein, die „die Ehe, Kinder und Karriere unter einen Hut bringt, ohne dass irgendein Teil darunter leidet und ohne jemals zur Feministin zu werden“ zitiert der Spiegel (27.11.2009) aus der Abiturzeitung unserer neuen Familienministerin Dr. Kristina Köhler.

Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik gibt es nun seit mehr als vier Jahren eine weibliche Kanzlerin, eine weibliche Ministerin für Arbeit und Soziales und nun zusätzlich die nicht-feministische Familienministerin. Sind dies Errungenschaften des Feminismus? Und wenn ja, warum ist es dann ein Ziel, nicht Feministin zu werden? Von Hochschulen wird berichtet, dass junge Studentinnen die empirischen Ergebnisse zur Benachteiligung von Frauen mit dem Hinweis darauf abstreiten, dass sie selbst nicht benachteiligt seien.

Der Verband alleinerziehender Mütter und Väter bezeichnet sich selbst als Familien- und Frauenverband und ist aus dem Verband lediger Mütter entstanden. Er hat sich 1967 gegründet, ein Jahr vor dem Tomatenwurf, der die zweite Welle der Frauenbewegung auslöste. Die Benachteiligung von Alleinerziehenden, zumindest deuten die empirischen Daten darauf hin, liegt im Wesentlichen darin begründet, dass Frauen nach wie vor den Hauptteil der nicht vergüteten und gesellschaftlich nicht hoch geschätzten Reproduktionsarbeit leisten. Reproduktionsarbeit heißt nicht nur Kinder (die zukünftigen Leistungsträger der Gesellschaft) erziehen, sondern auch den Teil, den Kaufmann (1984) als „schmutzige Wäsche“ bezeichnet, zu erledigen. Schmutzige Wäsche hindert Frauen in

Ehen und Partnerschaften daran, am Erwerbsleben teilzuhaben und führt nach Trennung und Scheidung zu schlechteren Chancen auf dem Arbeitsmarkt – der Haupteinkommensquelle in dieser Gesellschaftsordnung. Es ist aber nicht nur schmutzige Wäsche, die Alleinerziehendenpolitik und Feminismus verbindet. Es sind vielfältige Mechanismen der frühen Fremdzuschreibung, der späteren Selbstzuschreibung, der Unterdrückung und eines Ineinandergreifens der „patriarchalen Dividende“ (Connell 2006) mit einer rhetorischen Abwertung des feministischen Anliegens – das nichts Geringeres verspricht als einer Abschaffung des Patriarchats.

Simone de Beauvoir schreibt „man wird zur Frau gemacht“ und bringt bereits 1949 auf den Punkt, was nicht nur Carol Hagemann-White (1984) als geschlechtsspezifische Sozialisation beschreibt. Mädchen und Jungen werden von Anfang an auf ihre zukünftigen Rollen als Frauen und Männer vorbereitet, und darauf, wie Judith Butler später (1991) schreibt, ihr Geschlecht in einer Reihe „performativer Akte“ ungebrochen darzustellen. Das heißt beispielsweise, dass Frauen keinen Bart haben und entsprechend alles daran setzen, nie auch nur ein Oberlippenhärchen zu haben. Die breite Palette an Wachs, Pinzetten und Bleichmitteln bezeugt, dass es da doch scheinbar irgendetwas zwischen den Nasen und Oberlippen von Frauen gibt, aber beispielsweise kaum an der gleichen Körperstelle bei Jungen unter elf Jahren. Obwohl diese später ein „Mann“ werden.

Wer nun anführt, dass die eigene Tochter ganz ohne Außeneinwirkung selbst zur

Puppe gegriffen hat, der Sohn aber schon mit drei die Automarken an den Felgen erkannte, verkennt, dass das System der Zweigeschlechtlichkeit subtil funktioniert und beispielsweise von den Eltern früh dar- und nachgestellt wird. Es wäre auch eine absurde Vorstellung (und würde zudem nichts bringen), wenn Papa zu Hause im Rock herumlaufen würde, damit die Kinder die zwanghafte Zweigeschlechtlichkeit nicht übernehmen.

Um es kurz zu machen: schon als Kinder werden Jungen und Mädchen unterschiedlich und strikt in das System der Zweigeschlechtlichkeit eingefügt. Jede Abweichung führt so sicher zu Hänseleien, Mobbing, Erziehungsmaßnahmen und Identitätskonflikten, dass nur wenige von der „Bartdogmatik“ Abstand nehmen. Nicht zuletzt ist die passgenaue Einsortierung in das Frau- und Mannsein ein wichtiger Teil des Heranwachsens und der erwachsenen Identität. Noch verkürzt: diese Selbst- und Fremdeinordnung führt unter anderem zu unterschiedlichen Schulleistungen, unterschiedlicher Berufs- und Studienfachwahl und unterschiedlichen Aussichten auf dem Arbeitsmarkt. Der Gender-Pay-Gap, die Lücke zwischen Frauen- und Männergehältern liegt bei 23 Prozent.

Doch zurück zur schmutzigen Wäsche. Im Privaten (das politisch ist), findet sich eine zentrale Auswirkung des zweigeschlechtlichen Systems. Frauen leisten mehr Hausarbeit als Männer, sie setzen häufiger und länger beruflich aus, wenn Kinder geboren werden, sie finden schwerer und seltener einen Wiedereinstieg nach der Erziehungsphase. Das lässt sich rational begründen, denn in einer (heterosexuellen) Partnerschaft verdient die Frau meist weniger, arbeitet häufiger in Teilzeit und hat die geringere Hierarchieposition in einem Unternehmen. Sie ist weniger Häme ausgesetzt, wenn sie in Elternzeit geht. Sie will stillen, das geht ohnehin besser, wenn sie zu Hause bleibt. Und offiziell gibt es keine Benachteiligung, also muss sie sich keine Sorgen machen, nach der Elternzeit nicht wieder in den Beruf zu können. Auch gut ausgebildete Mütter passen sich dem System „hegemonialer Mütterlichkeit“ (Ehnis 2008) an – was bedeutet, den eigenen Kindern (s.o. zukünftige Leistungsträger) den bestmöglichen Start ins Leben zu ermöglichen. In diesem System dürfen Männer/Väter vielleicht dekorativ mit dem Baby im Tragetuch herumstehen, aber die korrekte und mit

zahlreichen Fachkenntnissen versehene Handlungsfähigkeit und –verantwortung für Impfung, Ernährung, Waschen, Putzen, Bilden und pädagogisch wertvolles Erziehen tragen Frauen. So entsteht auch unter Müttern bereits ein Erfolgsdruck des besten Mutterns, das unter anderem systematisch Migrantinnen und finanziell benachteiligte Mütter ausschließt oder an den Rand drängt (- und zu Helferinnen der hegemonial-erfolgreichen Mütter degradiert, indem sie für diese putzen, betreuen und pflegen). Wer für das Kita-Fest statt Zwergensaft gezuckerten Eistee mitbringt kann es nicht ganz ernst meinen mit dem korrekten Muttern. Das soll gerade nicht heißen, dass Mütter für die Fürsorge besser geeignet wären als Väter, sondern vor allem, dass die Strukturen der zunehmend entgrenzten Erwerbsanforderungen, des ökonomischen Drucks und der Bildungserwartungen an Kinder auch befördern, dass Eltern sich schnell in traditionelle Muster begeben. Zumal diese Muster, das sollte nicht unerwähnt bleiben, steuerlich und im Sozialversicherungssystem massiv begünstigt werden.



Die Männer und Väter sind heute keineswegs mehr knüppelschwinge Patriarchen, die ihre Frauen an den Herd verbannen. Werte wie Gleichberechtigung erziehen hohe Zustimmung bei Umfragen. Männer geben an, sich auch um die Kinder kümmern zu wollen und der Anteil der Väter in Elternzeit beträgt 15 Prozent, Tendenz steigend. Das ist dem Familienministerium auch eine Pressemitteilung wert, nicht jedoch, dass die anderen 85 Prozent Mütter sind. Sveland kommentiert dies in ihrem Roman so: „Ich möchte auch Mann sein und erleben, wie es sich anfühlt, wie die ganze Gesellschaft Beifall klatscht, weil ich knapp zwei Monate Elternzeit nehme, während niemand auch nur eine Augenbraue hebt, wenn meine Frau die restlichen zwölf nimmt“ (Sveland 2008). Es ist als Mann

nicht schwer, sich rhetorisch für Frauen einzusetzen, wenn dennoch der Abstand an wirtschaftlicher und politischer Macht nach wie vor so groß ist. Auch Männer, die sich für Gleichberechtigung einsetzen, profitieren davon, dass sie Männer sind, das nennt Connell (1999) die patriarchale Dividende. Fraglich wäre nun, ob Frauen, die sich als Nicht-Feministin bezeichnen eine Art ‚feministische Dividende‘ erhalten.

Wie kommen Alleinerziehende nun zur Frauenpolitik? Die Antwort liegt auf der Hand. Die Kinder bleiben, das ist Ertrag der Arbeitsteilung in Partnerschaften, zu hohen Anteilen bei den Müttern. Das ist zum einen pragmatisch, zum anderen werden Mütter, deren Kinder beim Vater leben mit Kommentaren und hochgezogenen Augenbrauen bedacht. Weder zur Selbst- noch zur Fremdentifikation passt es, wenn die jahrelang „gute Mutter“ nun den Nachwuchs beim Vater lässt und womöglich andere Lebensinhalte auch wichtig und erfüllend findet. Ist die Trennung konfliktiv verlaufen und gab es Gewalt des Vaters gegen Mutter und/oder Kinder ist es sogar wünschenswert, dass Kinder und Mutter eine Einelternfamilie bilden. „Originär“ Alleinerziehende, also Mütter, die nicht in einer Partnerschaft gelebt haben, sind ebenfalls weiblich und leben mit Kindern zusammen. Gemeinsam ist beiden Gruppen, dass sie nun in erster Linie allein für Kinder, Reproduktionsarbeit und Erwerbsarbeit zuständig sind. Vor der Trennung oder der Geburt des Kindes bestehende wirtschaftliche und berufliche Nachteile verschärfen sich. Steuervorteile und Sozial-

versicherungsmitnahmeeffekte entfallen, berufliche Mindereinnahmen werden kaum kompensiert und die allgemeine Struktur des Arbeitsmarktes erfordert den „vollmobilen Single“ (Beck 1986). All das, was in einer Partnerschaft so pragmatisch, wunschgemäß und erfolgreich erscheint, was gar Anerkennung als „Supermama“ versprach dreht sich in der Situation der Alleinerziehenden ins Gegenteil um. Je weniger gearbeitet wurde, desto höher wird der Rechtfertigungsaufwand für Unterhaltsansprüche. Je besser die Kinder gediehen sind, umso weniger lässt sich ein Betreuungserfordernis formulieren, das eventuell den Betreuungsunterhalt sichert. Gleichzeitig erschweren mangelnde Berufserfahrung, veraltete Kenntnisse und mangelnde Kinderbetreuung den beruflichen Einstieg, geschweige denn das

berufliche Fortkommen. Frauen sind als Alleinerziehende mit Benachteiligungen konfrontiert, die strukturell über das Geschlechterverhältnis in der Gesellschaft verankert sind und wohl nur durch eine konsequent feministische Politik behoben werden können.

Der Feminismus und sein Anliegen der Beendigung patriarchaler Vorherrschaft haben dennoch einen anrühenden Charakter bekommen. Dies nicht zuletzt, weil Politikerinnen sich öffentlich vom Feminismus distanzieren, weil unter dem Label Feminismus viel alltägliche Polemik verbreitet wird und weil es furchtbar unbequem ist, eigene Verhaltensweisen auf geschlechtsspezifische Vorurteile und Sozialisation zu hinterfragen. Es ist einfacher, sich auf eine natürliche und unveränderbare Veranlagung zu beziehen und Nachteile als individuelles Schicksal zu begreifen, denn dann bleibt die Politisierung erspart. Es ist in einer männlich dominierten Politik zielführender, die frauenpolitischen Anliegen als Wirtschaftsförderung zu verkaufen. Das „Gender-Mainstreaming“ nimmt bewusst das Geschlechterverhältnis in den Blick und ist als Politik gedacht, die, so das BMFSFJ: „bei allen gesellschaftlichen Vorhaben die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern von vornherein und regelmäßig zu berücksichtigen, da es keine geschlechtsneutrale Wirklichkeit gibt“ (www.gender-mainstreaming.de). Mit dieser Einstellung lassen sich verschiedene Vorhaben verwirklichen und „Berücksichtigung“ heißt nicht automatisch, dass die Benachteiligung aktiv bekämpft wird. Zurück zur „feministischen Dividende“: was hätten Frauen also von einer gezielten feministischen Politik? Und brauchen wir diese Politik, wenn Kanzlerin, Arbeitsministerin und Familienministerin deren Notwendigkeit nicht sehen? Profitieren auch nicht-feministische Frauen heute von den Errungenschaften der zweiten Welle der Frauenbewegung? Und wenn sie profitieren, warum lehnen sie es ab, sich selbst als Feministinnen zu bezeichnen?

Die Bildungsoffensive für Frauen und die in der DDR starke Frauenerwerbsbeteiligung haben den amtierenden Spitzenpolitikerinnen sicher geholfen, ihre Ziele zu erreichen. Auch die Vorstellung, dass Frauen (fast) die gleichen Themen besetzen können wie Männer, dass es keine natürlichen Unterschiede in den Interessen geben muss, ist eine Errungenschaft des Feminismus. Die Studentinnen, die sich heute nicht als benachteiligt erleben, profitieren ebenfalls

ganz massiv vom Feminismus. Gleichzeitig zeigen insbesondere die Lebenslagen von Alleinerziehenden, dass Frauenpolitik sich noch nicht überlebt hat, dass es noch immer antipatriarchaler Aktivität bedarf, um diese Gesellschaft zukunftsfähig zu machen. Eine öffentliche Abwendung vom Feminismus bei gleichzeitiger Propagierung bestimmter Geschlechterthemen als „Gender-Mainstreaming“ hat zwei fatale Folgen. Der Frauenpolitik wird die Spitze genommen, sie wird letztlich handlungsunfähig, denn es stellt sich die Frage, wie es angesichts unterschiedlicher Lebenswelten von Frauen – als Migrantinnen, als arme Frauen, als Alleinerziehende, als Familienministerin – noch zu einem gemeinsamen Anliegen kommen kann. Gibt es angesichts einer konstruktivistischen Sichtweise überhaupt ein „Frauenanliegen“? Wenn wir zur „Frau gemacht“ werden, wie Beauvoir sagt, Frauen sich heute aber vom Feminismus abwenden, müssen wir das als positives Ergebnis betrachten? Die Abwendung vom Feminismus hat, so meine These, eine zentrale und fatale Folge. Wenn Frauenpolitik beispielsweise als „Wirtschaftspolitik“ begriffen wird, führt dies zu einer Entsolidarisierung unter Frauen. Ähnlich dem Modell hegemonialer Mütterlichkeit, das oben beschrieben wurde, gibt es dann Frauen und Mütter, die wirtschaftlichen Interessen förderlich sein können und die entsprechende Maßnahmen benötigen, und diejenigen Frauen, die die Reproduktionsarbeit für die „wirtschaftlich wertvollen“ Frauen übernehmen. Frauen, die als Niedriglöhnerinnen Dienstleistungen erbringen und nichts von der Frauenpolitik haben.

Ein feministischer Ansatz, der bewusst Geschlecht als Ausgangspunkt für politische Solidarisierung nimmt, steht dieser Entwicklung entgegen. Eine bewusste Identifikation mit feministischen Anliegen als Frau rückt die eigene Identität wieder in den Mittelpunkt der politischen Aktivität. Das kann insofern zweischneidig sein, als dass unterstellt werden könnte, man betreibe eine zweite Geschlechtersegregation. Die Segregation besteht aber ohnehin fort und jedes Subjekt bewegt sich in diesem vergeschlechtlichten Handlungsraum. Wer sich als „Nicht-Feministin“ beschreibt, nimmt Bezug auf den Feminismus und das Geschlechterverhältnis und schafft es damit nicht ab. Eine konsequent feministische Politik bietet daher Chancen, eine neue Solidarität zu entwickeln und mit dieser das Geschlechterverhältnis neu zu bestimmen. Dann, so wäre die Utopie zu beschreiben, gäbe es nicht nur Feministinnen sondern auch Feministen

und die gemeinsame Politik würde auch die letzte nichtfeministische Studentin überzeugen.

Literatur:

- de Beauvoir, Simone (1951): *Das andere Geschlecht*. Frankfurt a.M.
- Beck, Ulrich (1986): *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt a.M.
- Butler, Judith (1991): *Das Unbehagen der Geschlechter*. Frankfurt a.M.
- Connell, Robert W. (2006): *Der gemachte Mann. Konstruktion und Krise von Männlichkeiten*. Wiesbaden.
- Ehnis, Patrick (2008): *Hegemoniale Mütterlichkeit. Vom selbstverständlichen Einverständnis in die geschlechtstypischen Arbeitsteilung nach der Geburt eines Kindes*. In: *Marburger Gender-Kolleg (Hrsg.): Geschlecht Macht Arbeit. Interdisziplinäre Perspektiven und politische Intervention*. Münster, S. 56 - 70. Fischer, Sebastian und Philipp Witrock (2009): *Die Traumfrauen der Kanzlerin*. Der Spiegel, Onlineausgabe vom 27.11.2009, www.spiegel-online.de
- Hageman-White, Carol (1984): *Sozialisation: Weiblich – Männlich? Opladen*.
- Kaufmann, Jean-Claude (1994): *Schmutzige Wäsche*. Konstanz.



Sabina Schutter, Wissenschaftliche Referentin, VAMV-Bundesverband

Impressum:

Informationen für Einelternerfamilien
ISSN 0938-0124

Herausgeber:

Verband alleinerziehender Mütter und Väter,
Bundesverband e. V.
Hasenheide 70, 10967 Berlin
Tel. (030) 69 59 78 6
Fax (030) 69 59 78 77
E-Mail: kontakt@vamv.de
Internet: www.vamv.de

Bankverbindung:

Bank für Sozialwirtschaft Köln
Konto 709 46 00, BLZ 370b20 500

Redaktion:

Peggi Liebisch, Sabina Schutter

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:
1. März 2010

aktuell

Zwischenbilanz Betreuungsunterhalt

Auch zwei Jahre nach Inkrafttreten des neuen Unterhaltsrechts gibt es für Alleinerziehende eine gewisse Rechtsunsicherheit in Bezug auf ihre Pflicht zur Erwerbstätigkeit. Das liegt in der Natur der rechtlichen Ausgestaltung des Anspruchs auf Betreuungsunterhalt: Die Einführung eines auf drei Jahre befristeten Basisunterhaltes - unabhängig davon, ob die Eltern verheiratet waren oder nicht - mit der Möglichkeit, diesen aus Gründen der Billigkeit verlängern zu können, zielt darauf ab, den jeweiligen Einzelfall zu beurteilen.

Mit Spannung wurde erwartet, wie die Rechtsprechung das neue Unterhaltsrecht anwenden und ausgestalten würde. Zwei wichtige Entscheidungen des Bundesgerichtshofs zum Betreuungsunterhalt gab es dazu, eine am 16.07.2008 in einem Fall, in dem die Eltern nicht verheiratet gewesen waren (1) und eine am 18.03.2009 in einem Fall von nahehelichem Betreuungsunterhalt (2). Der Inhalt war ähnlich, aber erst die zweite Entscheidung fand eine breite Öffentlichkeit.

Die Aufmerksamkeit galt den Voraussetzungen, unter denen dem betreuenden Elternteil nach neuem Recht ein Unterhaltsanspruch über die Vollendung des dritten Lebensjahres des Kindes hinaus zugesprochen werden kann. Ab diesem Zeitpunkt besteht eine grundsätzliche Erwerbsverpflichtung, die jedoch nicht zwingend eine Vollzeitberufstätigkeit sein muss. Der Bundesgerichtshof hat ausdrücklich darauf hingewiesen, dass regelmäßig kein abrupter Wechsel von der elterlichen Betreuung zu einer Vollzeitberufstätigkeit verlangt wird. Der zeitliche Umfang der Erwerbsverpflichtung muss individuell ermittelt werden, so dass es auch in diesem Bereich auf den Einzelfall ankommt.

Folgende Inhalte sind durch die Entscheidungen des Bundesgerichtshofs klargestellt worden: Eine Verlängerung des Betreuungsunterhaltes über das dritte Lebensjahr des Kindes hinaus muss ausdrücklich begründet werden und einen Automatismus wie das Altersphasenmodell gibt es in diesem Bereich nicht mehr.

Die Verlängerung des Betreuungsunterhaltes kann durch kindbezogene oder elternbezogene Gründe gerechtfertigt sein. Kindbezogene Gründe können beispielsweise die vorhandenen Betreuungsmöglichkeiten, Erkrankungen des

Kindes oder sonstige individuelle Besonderheiten betreffen, elternbezogene Gründe das bisher gelebte Betreuungsmodell, die gemeinsame Planung für die Betreuung und die Belastung des allein erziehenden Elternteils.

Der Grundsatz der Eigenverantwortung, der hinter dem neuen Unterhaltsrecht steht, ist für die meisten Alleinerziehenden schon lange Lebensrealität. Der überwiegende Anteil von ihnen bezieht seinen Lebensunterhalt ohnehin durch Einkommen aus Erwerbstätigkeit (3). In diesem Zusammenhang trifft der VAMV auf alte Bekannte: Den Arbeitsmarkt und die Kinderbetreuung, auch „strukturelle Gegebenheiten“ genannt, die überwiegend Frauen und damit über 90 Prozent aller Alleinerziehenden (4) benachteiligen.

Während das neue Unterhaltsrecht mit seinem Anspruch an die Alleinerziehenden, den anstrengenden Alltag mit Kind und Beruf zu meistern, in den letzten zwei Jahren von den Gerichten konsequent umgesetzt wird und auch zunehmend das Bewusstsein der Öffentlichkeit erreicht, mahnt der VAMV immer wieder ungeduldig die dazugehörigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen an: Verbesserte Kinderbetreuungsangebote, Chancengleichheit für Männer und Frauen am Arbeitsmarkt, Chancengleichheit für Eltern am Arbeitsmarkt, gesellschaftlich selbstverständliches verstärktes Engagement der getrennt lebenden Elternteile für ihre Kinder in Form von Alltagsorge, entlastendem Umgang und erhöhter Zahlungsmoral, was den Kindesunterhalt betrifft.

Das aktuelle Urteil des Bundesgerichtshofs vom 16. Dezember 2009 (5) ändert an diesen Rahmenbedingungen überhaupt nichts: Es stellt lediglich fest, was schon gängige Anwaltspraxis war: Der Betreuungsunterhalt muss Existenz sichernd sein. Davon dürften insgesamt aber nur sehr wenige Alleinerziehende profitieren. (sig)

Quellen:

1. BGH Urteil vom 16.07.2008 (XII ZR 109/05)
2. BGH Urteil vom 18.03.2009 (XII ZR 74/08)
3. Statistisches Bundesamt/Mikrozensus: 59,1 Prozent aller Alleinerziehenden bezogen im Jahr 2008 ihren überwiegenden Lebensunterhalt aus Erwerbstätigkeit
4. Statistisches Bundesamt: 2008 sind 90,1 Prozent aller Alleinerziehenden Mütter
5. BGH Urteil vom 16.12.2009 (XII ZR 50/08)

urteil

BGH: Betreuungsunterhalt darf Existenzminimum nicht unterschreiten

Kurzstellungnahme des Verbands alleinerziehender Mütter und Väter, Bundesverband e.V. zum Urteil des Bundesgerichtshofs vom 16.12.2009 (AZ: XII ZR 50/08)

Auch wenn sich der Unterhaltsbedarf eines betreuenden Elternteils nach seinem Lebensstandard vor der Geburt des gemeinsamen Kindes richtet (wenn er mit dem anderen Elternteil des Kindes nicht verheiratet war), darf dieser Unterhalt jedenfalls nicht das Existenzminimum unterschreiten, entschied jetzt der Bundesgerichtshof.

Das Urteil ([Pressemitteilung des BGH vom 16.12.2009](#)) ist nicht spektakulär, sieht aber immerhin ein theoretisches Minimum an Absicherung vor. Mit dieser Entscheidung legt der BGH eine untere Grenze des Unterhaltsbedarfs fest, die seiner Ansicht nach in Höhe des nur wenig darüber hinausgehenden notwendigen Selbstbedarfs eines Unterhaltspflichtigen pauschaliert werden darf, der gegenwärtig 770 Euro monatlich beträgt.

Natürlich gibt es diesen Unterhalt nur, wenn auch alle Voraussetzungen für den Bezug von Betreuungsunterhalt gegeben sind. Das war in dem vom BGH jetzt entschiedenen Fall nicht so, denn in dem maßgeblichen Zeitraum war das zu betreuende Kind bereits sechseinhalb Jahre alt und der Mutter, einer Archäologin, war es nach neuem Unterhaltsrecht zuzumuten, ihren Mindestbedarf durch eigene Erwerbstätigkeit zu decken. Nach Ansicht des BGH ist sie zu einer Erwerbstätigkeit verpflichtet, die deutlich über einen Halbtagsjob hinausgeht. Gründe, die gegen eine Nachmittagsbetreuung des Kindes gesprochen hätten, waren von der Mutter nicht vorgetragen worden. Auch elternbezogene Gründe wurden von ihr, abgesehen von der Dauer des Zusammenlebens, nicht geltend gemacht. Somit bekam die Mutter auch keinen Betreuungsunterhalt zugesprochen.

Die Praxis lehrt ohnehin, dass sie, so wie viele andere Mütter in ihrer Lage, vermutlich auch keinen Betreuungsunterhalt bekommen hätte, wäre er ihr zugesprochen worden. (Vollversion auf www.vamv.de).

Berlin, 18. Dezember 2009

politik

Betreuungsgeld ist sozial- und gleichstellungspolitischer Rückschritt

„Um Wahlfreiheit zu anderen öffentlichen Angeboten und Leistungen zu ermöglichen, soll ab dem Jahr 2013 ein Betreuungsgeld in Höhe von 150,- Euro, gegebenenfalls als Gutschein, für Kinder unter drei Jahren als Bundesleistung eingeführt werden.“ (Koalitionsvertrag, Kapitel III Sozialer Fortschritt)

16 Verbände sind sich einig, dass ein Betreuungsgeld grundsätzlich kontraproduktiv ist und fordern daher dessen Streichung aus den Planungen der Regierungskoalition.

1. Wahlfreiheit wird dadurch hergestellt, dass genügend qualitativ hochwertige und gebührenfreie bzw. kostengünstige Ganztagsbetreuungsplätze zur Verfügung stehen. Auch 2013 werden nach gegenwärtigem Stand des Ausbaus nicht ausreichend Kita-Plätze für Unter Dreijährige vorhanden sein. Insbesondere die Tagesbetreuung wird den Bedarf nicht decken.
2. Die Konzeption des Betreuungsgeldes verstößt gegen grundlegende Prinzipien der Elternautonomie: Eine Entscheidung, wie Eltern ihre Kinder betreuen, sollte nicht prämiert, honoriert oder bestraft werden. Genauso wenig darf der Staat über ein Gutscheinsystem andeuten, einkommensarme Eltern könnten nicht verantwortungsbewusst und im Interesse der Kinder haushalten.
3. Populistische Äußerungen in Bezug auf arme Familien mit und ohne Migrationshintergrund sind menschenfeindlich, negieren die Anstrengungen vieler Familien und verhindern deren Förderung und Integration umso mehr. Ein flächendeckendes Angebot an Kita-Plätzen für alle Kinder sowie Angebote der Familienbildung sind der richtige Schritt auch zu mehr Bildungs- und Chancengerechtigkeit.
4. Das Betreuungsgeld setzt darüber hinaus auch für Frauen falsche Signale - nämlich nach der Geburt eines Kindes länger aus ihrer Erwerbstätigkeit auszusteigen. So verfestigen sich traditionelle Geschlechterrollen und der Wunsch der Familien auf eine gleichberechtigte Verteilung der Sorge- und Erziehungsaufgaben bleibt unberücksichtigt. Das Betreuungsgeld

widerspricht den Prinzipien einer modernen Gesellschaft in hohem Maße. Es konterkariert die gleichstellungspolitischen, sozialpolitischen und familienpolitischen Ziele, für die sich die Interessenvertretungen seit vielen Jahren einsetzen.

Der Ausbau der Kinderbetreuung muss höchste Priorität haben. Dabei geht es nicht nur um Plätze für unter Dreijährige, sondern auch um Ganztagsplätze für 3-6-jährige Kinder, die vielerorts noch nicht vorhanden sind. Wir fordern die Bundesregierung auf, ihre Bemühungen darauf zu konzentrieren und das für das Betreuungsgeld vorgesehene Budget dafür zu verwenden.

Unterzeichnende Verbände:

- Arbeitskreis Frauengesundheit in Medizin, Psychotherapie und Gesellschaft e.V. (AKF)
- Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)
- Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi)
- Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen
- Deutscher Frauenrat e.V.
- DGB Bundesvorstand, Bereich Gleichstellungs- und Frauenpolitik
- Deutscher Kinderschutzbund Bundesverband e.V.
- Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen e.V.
- Familienberatungszentrum Balance Berlin e.V.
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
- IG Metall Vorstand
- pro familia Bundesverband e.V.
- ver.di Bundesverwaltung, Bereich Frauen- und Gleichstellungspolitik
- Verband alleinerziehender Mütter und Väter, Bundesverband, e.V.
- Verband binationaler Familien und Partnerschaften, e.V.
- Zukunftsforum Familie, e.V.

Offener Brief vom 3. Dezember 2009 an Bundeskanzlerin Angela Merkel, Familienministerin Kristina Köhler und an die Medien.

urteil

Sorgerecht: Europäischer Gerichtshof beweist Weitblick

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat bei seiner Überprüfung eines Sorgerechtsfalls aus Deutschland bewiesen, dass nur eine differenzierte Betrachtung der Rechtswirklichkeit Genüge tut. Die deutsche Gesetzgebung muss sich insofern darauf einstellen, als sie bei der gerichtlichen Prüfung des gemeinsamen Sorgerechts nicht länger danach unterscheidet, ob die Eltern vorher verheiratet waren oder nicht.

„Ein kluges Urteil,“ so Edith Schwab, Vorsitzende des Verbandes alleinerziehender Mütter und Väter und Fachanwältin für Familienrecht. „Der Europäische Gerichtshof hat das Bundesverfassungsgericht in seiner Rechtsprechung in einem Detail korrigiert. In Bezug auf das Antidiskriminierungsgesetz muss das deutsche Recht auch für nicht verheiratete Väter die Möglichkeit offen lassen, per Gerichtsverfahren über die gemeinsame Sorge zu befinden.“

Das Problem im Alltag liegt ganz woanders: Die tatsächliche Wahrnehmung des gemeinsamen Sorgerechts für getrennt lebende Väter hat sich seit der Kindschaftsrechtsreform 1998 nicht verbessert. Der Umgang mit dem Kind ist ohnehin völlig unabhängig vom Sorgerecht möglich. Hier sieht die Realität in der Regel so aus, dass sich ein großer Teil der Väter nach der Trennung nicht mehr für ihre Kinder interessiert.

Nicht, wer das Sorgerecht hat, sondern wer sich tatsächlich um das Kind sorgt, das zählt für Kinder: Dazu sind Väter jedoch nicht verpflichtet. Selbst ihr Recht, den Vater regelmäßig zu treffen, können viele Kinder von getrennt lebenden Eltern oft nicht realisieren. Denn gegen den Willen des Vaters ist dies nicht möglich. Auch bei bestehenden Umgangsregelungen werden Kinder oft enttäuscht: Der Vater sagt überraschend ab, kommt nicht zur Geburtstagsfeier, der geplante Ausflug fällt aus. Daran ändert auch ein gemeinsames Sorgerecht nichts.

Der Verband alleinerziehender Mütter und Väter begrüßt, dass der Europäische Gerichtshof nicht verkennt, dass es gute Gründe gegen die gemeinsame Sorge geben kann, was er ausführlich begründet. Für die Kinder kann die Ausübung der alleinigen Sorge auch die bessere Alternative sein.

Berlin, 3. Dezember 2009

aktuell

Im Paket für Alleinerziehende: eine Kette

Wir wollen die Rahmenbedingungen für Alleinerziehende durch ein Maßnahmenpaket verbessern. Dieses soll insbesondere in verlässlichen Netzwerkstrukturen für Alleinerziehende lückenlos, flexibel und niedrigschwellig bereitgestellt werden. Wir werden prüfen, inwieweit die Umgestaltung des bisherigen steuerlichen Entlastungsbetrags in einen Abzug von der Steuerschuld möglich und interessengerecht ist.“ So steht es im Koalitionsvertrag der schwarz-gelben Regierung geschrieben.

Seit drei Monaten versucht der VAMV herauszukriegen, was in dem Paket genau ist. Anfragen im Bundesfamilienministerium haben nichts gebracht außer den redundanten Hinweis auf den Koalitionsvertrag. Dann kam am 27. November 2009 Kristina Köhler als neue Familienministerin. Und seit Dezember gibt es einen Hinweis darauf, was im Paket ist: eine Kette. Eine lückenlose, flexible und niedrigschwellige Dienstleistungskette. Spontan erinnert das Glasperlenketten, die von portugiesischen Seefahrern an die Eingeborenen der Südsee ausgeteilt wurden. Im Gegenzug luden die Eroberer Gold und Kunstschatze auf ihre Schiffe. Die Analogie ist gar nicht so weit hergeholt: Alleinerziehende leisten mit der Erziehung ihrer Kinder einen kostbaren Beitrag zur Gesellschaft. Im Gegenzug erhalten sie Gutscheine für verschiedene haushaltsnahe Dienstleistungen. So etwas Ähnliches hatte der VAMV ja schon vermutet. Angekoppelt an die „Lokalen Bündnisse für Familien“, derer es nun schon rund 603 in ganz Deutschland gibt, werden die „Lokalen Netzwerke für Alleinerziehende“. Dabei handelt es sich um „Produktionsnetzwerke“, die den komplexen und differenzierten Lebenslagen

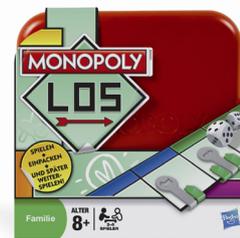
von Alleinerziehenden gerecht werden, indem sie Dienstleistungsketten bilden. Wie das genau gehen soll, werden zwei Workshops im Januar darlegen. Prof. Dr. Claus Reis vom Institut für Stadt- und Regionalentwicklung in Frankfurt a.M. wird eine Einführung in „Netzwerksteuerung und Netzwerkarbeit“ geben.

Eine Selbsthilfeorganisation wie der VAMV, die schon seit über 40 Jahren auf lokaler und regionaler Ebene tätig ist, kann jede Unterstützung gebrauchen. Die grundsätzliche Schwierigkeit besteht ja meistens darin, dass es zwar gute Projekte und Unterstützungssysteme vor Ort gibt, diese aber kaum Auswirkungen auf eine strukturelle Gesamtverbesserung haben. Wenn es darauf ankommt, wo Alleinerziehende wohnen, damit sie Unterstützung erhalten, wird sich für die über 2 Millionen Einelternerfamilien in Deutschland nur punktuell (im besten Fall an 603 Standorten) etwas ändern. Der VAMV hat immer betont, dass er Sonderregelungen für Alleinerziehende ablehnt und statt dessen eine Verbesserung der Infrastruktur und der Entlastung von Mütter und Vätern mit Kindern, egal in welcher Familienform sie leben, zum Ziel hat. Allein die Identifizierung als „allein erziehend“ ist in vielen Fällen eher diskriminierend, weil sie sich an Defiziten orientiert. Ein weiteres Problem vor Ort ist die starke Inanspruchnahme von ehrenamtlicher Unterstützung, die die „komplexe Lebenslage“ der Alleinerziehenden individualisiert und die Gründe für die Komplexität privatisiert. Sollten die „Lokalen Netzwerke für Alleinerziehende“ allerdings erreichen, dass sie Existenz sichernde Arbeitsplätze bekommen und Ihnen eine qualitativ hohe Tagesbetreuung für ihre Kinder zur Verfügung steht, dann wäre vielen Alleinerziehenden geholfen. (peg)

News vom Portal: 1111 gewinnt!

Um Interessierten einen zusätzlichen Anreiz für die Registrierung auf dem Portal www.die-alleinerziehenden.de zu schaffen, ist auf der Startseite ein Gewinnspiel platziert. Die/Der 1111. angemeldete User/in erhält ein Monopoly im schicken roten Köfferchen. Auch die Anmeldungen Nummer 2222 und 3333 dürfen sich über den Spieleklassiker freuen.

Wir bedanken uns bei der Firma Hasbro, die uns die Spiele freundlicherweise zur Verfügung gestellt hat (www.monopoly.de). (mar)



Fall(en)management: Alleinerziehende im SGB II

Eine Arbeitsgruppe des VAMV, bestehend aus Vertreterinnen mehrerer Landesverbände, hat sich 2009 mit dem Thema „Alleinerziehende im SGB II“ auseinander gesetzt.

Alleinerziehende bilden eine große und besonders stabile Gruppe der Beziehenden von Arbeitslosengeld II. Etwa 640.000 Alleinerziehende sind im SGB-II-Leistungsbezug, von ihnen sind ungefähr 200.000 erwerbstätig, können aber mit ihrem Einkommen nicht ihre Existenz sichern. Die Arbeitsgruppe hat sich mit der Frage auseinandergesetzt, ob Alleinerziehende spezielle Maßnahmen benötigen, um in den Arbeitsmarkt einzusteigen. Wenn Sie diese Maßnahmen brauchen, wie genau sollten diese Angebote aussehen?

Das Positionspapier „Fall(en)management“ soll diese Fragen beantworten. Es wird den VAMV Landes- und Ortsverbänden voraussichtlich Anfang März 2010 für ihre Arbeit zur Verfügung gestellt (sab).

2010: Kindergeld und Unterhalt neu

Kindergeld: 1.+2. Kind: 184 Euro 3. Kind: 190 Euro weitere Kinder: 215 Euro

Kinderfreibetrag: 4.368 Euro/Jahr

Unterhaltsvorschuss: Kinder bis zum 6. Geburtstag: 133 Euro/Monat
Kinder bis zum 12. Geburtstag: 180 Euro/Monat

Kindesunterhalt:	0-5 Jahre	6-11 Jahre	12-17 J.
Mindestunterhalt für 1.+2.Kind	317 Euro	364 Euro	426 Euro
Zahlbetrag (- halbes KiGeld)	225 Euro	272 Euro	334 Euro
Mindestunterhalt für 3. Kind	317 Euro	364 Euro	426 Euro
Zahlbetrag (- halbes KiGeld)	222 Euro	269 Euro	331 Euro

VAMV

Herzlichen Glückwunsch Edith Schwab!

Fröhlich, ausgelassen und für Viele völlig überraschend feierte Edith Schwab jüngst ihren 60. Geburtstag. Beschenkt wurde sie von den Kolleginnen und Kollegen aus dem VAMV Bundesvorstand und der Bundesgeschäftsstelle mit einem Plakat:

SCHÖN FRISCH WÜTEND

- So ist ihre Erscheinung, wenn sie bei Terminen und Veranstaltungen auftritt und das ist häufig der Fall. Zuletzt gab es großen Presserummel wegen des Sorgerechtsurteils aus Brüssel.

Edith Schwab wuchs zusammen mit vier Geschwistern in Rheinland-Pfalz auf, wo sie noch heute arbeitet und lebt. Nach ihrem Jurastudium arbeitete sie zunächst in einer großen Kanzlei in Speyer, bevor sie sich in den Achtzigerjahren mit ihrem Kollegen Rennwanz selbstständig niederließ. Die Kanzlei in Speyer ist damals wie heute die Anlaufstelle vieler Alleinerziehender – als Klient/innen und als politisch Interessierte. Als allein erziehende Anwältin engagierte sie sich seit Mitte der Neunzigerjahre für den Verband alleinerziehender Mütter und Väter, erst in Rheinland-Pfalz, ab 2000 im Bundesverband, dessen Vorsitz sie 2001 übernahm und seither souverän ausübt.

Edith Schwab ist der Fachöffentlichkeit ein Begriff. Ihre Stellungnahmen und Positionen ruhen auf fundiertem Sachverstand und sie scheut keine politische Auseinandersetzung. Zurzeit führt Edith Schwab neben dem VAMV auch die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienverbände (AGF) und das Europäische Netzwerk für Einelternfamilien (ENoS), das auf ihre Initiative 2008 in Berlin gegründet wurde. (peg)

Schön · Frisch · Wütend



Michaela Huth
Zukunftsvisionen

Mit doppelter Energie bringst du Wind in die Familienpolitik und sorgst für einen Klimawandel für Alleinerziehende. Deine Stärken: souveränes Auftreten, fachliche Kompetenz und Ausdauer lassen so manchen Politiker ganz alt aussehen!



Françoise Knaack-Hitti
Kulturwissenschaften

Es ist schön, über zu werden und vor allem weise und wissend. Naun, da wir alter werden, finden wir die Kraft, uns neu zu erfinden. Wir lernen dazu, lassen Menschen hinter uns, um frei für Neues zu werden. Ich wünsche dir, Edith, ausgelassene Zeiten, viel Mut, Verständnis, Spaß, offene Ohren, Sand aus der White, Kirschtuben, Geschichten am Lagerfeuer, Bergsteigen, die dich hoch hinauf tragen, ein lauschendes Herz in einem gesunden, weichen und starken Körper und Geist.



Angela Jagenow
Bundesvorsitz

Alleinerziehende sind stark, achtsam und zuverlässig. Dies ist Deine Leitlinie. Sie wird wie ein roter Faden weitergesponnen von uns allen.



Edith Schwab
VAMV Bundesvorsitzende

„Die Politik macht so ziemlich alles falsch. Sie setzt die falschen Prioritäten (Berufshaben vor Windeln), sie entscheidet sich für die falschen Zuständigkeiten (Föderalismusreform im Bildungswesen) und sie blendet unheilbarste Forschungsergebnisse aus (zum Teil in Bereichen, die sie selbst in Auftrag gegeben hat). Das größte Mantra ist das Umsetzungsdefizit. Aller guten und anerkannten Erkenntnisse zum Trotz wird dann lieber doch noch ein bisschen oder noch ein bisschen mehr in einem, aber ein ausständiges Regelwerk wird nicht gestrichelt. Das liegt wahrscheinlich daran, dass sie keinen Masterplan hat, also keinen Schimmer, keine Idee, wohin die Reise über die nächste Wahl hinausgehen soll. Das muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen.“
(Zitat aus einem Vortrag über soziale Gerechtigkeit, Speyer 2008.)



Michaela Priebe
Bundesvorsitz

Papa weiß und spürt das eigenen Qualitäten. Doch es ist schön, - manchmal - daran überzeugt zu werden.



Rosemarie Auer
Bundesvorsitz

Ohne Dich würde uns eine große Portion Engagement und ganz viel Frauenpower fehlen. Du versuchst nicht es allein Recht zu machen. Du versuchst nur allen zu ihrem Recht zu verhelfen.



Anke Mende
Bundesvorsitz

Es ist fast unmöglich, die Fackel der Wahrheit durch ein Gedränge zu tragen, ohne jemandem den Platz zu versorgen. (Glockenberg, dt. Schriftsteller, Faschbrotler und Pflüger)



Sabine Schutter
Wissenschaftliche Sekretärin

„Entschuldigen Sie, aber Sie müssen einer Fachanwältin für Familienrecht jetzt nicht die Grundlagen des Verfahrensrechts erklären“, so Edith zum Staatssekretär. Das ist eines meiner Lieblingszitate von Dir, und ich wünsche mir, eines Tages auch dieses Rückgrat zu haben.



Peggi Liebisch
Bundesgeschäftsstellen

Alleinerziehende sind sehr wohl verantwortlich für den Klimawandel, zumindest die im VAMV. In jedem Satz, auf diesem Podium. Du für die Mütter und Väter kämpfst, wird es dir ein paar Grad wärmer. Die Genötter erheben sich, die Zurückhaltung schmilzt, der Applaus schwillt an. Russ am der Kette, in dem Creed. Die erstarrten Strukturen knicken! Schulbussen das eigene Stoppchen kochen! Den Kindern das Wort geben! Die halboffenen Gläser öffnen! Positiv und unerschrocken führt zu den VAMV in die Zukunft, in die Wärme. Danke.



Simone Beise
Bundesgeschäftsstelle

Das Telefon klingelt, auf dem Display steht: Edith Schwab. Ich habe dorthin, jetzt schreie ich den Hörer abnehmen, denn das ist im Display könnte eigentlich auch für dringend stehen. In der Leitung höre ich die Stimme von Edith Schwab, wir besprechen die nächsten Termine, ich habe Zug sind Flug, reserviere das Hotel. Na klar, mach ich doch gern, ganz rasch, alles andere muss jetzt warten. Es gibt Tage, an denen wir eine Standkennung haben und die Aktion macht einfach Spaß. Wir sind in ständiger Kontakt, denn übers Jahr gibt eine Veranstaltung die andere. Ich wünsche mir sehr, dass auch in Zukunft die Zusammenarbeit mit Ihnen so angenehm ist wie bisher.



Werner Schildt
Bundesvorsitz

Das weißt Du mit einem Mal, mit der Energie etwas für die Alleinerziehenden bewegen zu wollen. Fachlich kompetent und überaus gut rüberredend. Du die Züge in die Hand. Machst Dir schnell einen Namen, trittst wie auch bei den höchsten Staatsverträgen. Dein Intonations war und ist immer im Sinne der Alleinerziehenden. Vielen Dank für Deine unermüdete Einsatz!



Silke Lucas
Bundesgeschäftsstelle

Sie ist eine Frau von Format, dem Hint wehr ziehen man mag. Das Leben meistert sie mit Köpfechen und Fleiß, für alle Probleme eine Lösung sie weiß. Durch Tagungen aufrecht und zügig sie schwärmt, manchmal Mann zu einem Blick sie wendet. Sie arbeitet viel, ist abends bei den Lesern. Wichtig für sie alle gesellschaftlichen Themen, dann erst das Konzert mit Klausur und Vidua. Jeder ist bereit, dass er ihre Wünsche befragt. Privat alles Gute und auch geschäftlichen Erfolg.



Erika Blehn
Bundesvorsitz

Wenn es dir möglich ist, mit nur einem kleinen Funken die Liebe in der Welt zu bereichern, dann hast du nicht umsonst geteilt. Jack London, wobei ich das Wort Liebe mit Ansporn ersetzen würde. Denn Du treibst uns oft an, zu unterschiedlichen Dingen. Dabei ist ein Ansporn so wie ich ihn verstehe sehr positiv besetzt.



Verband alleinerziehender Mütter und Väter, Bundesverband e. V., 2009

Bücher

Von Jugendamt und Kinderklau

Gleich auf den ersten Seiten räumt Christine Lehmann in ihrem neuen Roman „Mit Teufelsg'walt“ alle Vorurteile aus dem Schrank. Die Journalistin Lisa Nerz, queer und kinderlos wird nachts von Kindergeschrei geweckt. In der über ihr liegenden Wohnung erwischt sie zwei Mitarbeiterinnen des Jugendamtes, wie sie den kleinen Tobias seiner allein erziehenden Mutter entreißen wollen. Entschlossen wirft Lisa sich mit ihrem Dackel dazwischen und beginnt zu ermitteln. Sie stößt auf ein korruptes Kinderheim, auf Aktenschlamp und Familien, denen scheinbar grundlos ihre sechs Kinder weggenommen wurden. Sie sieht aber auch am nächsten Tag die Mutter von Tobias, scheinbar alkoholisiert, nicht in der Lage ihre zwei Kinder für die Schule zu wecken. Sie sieht die Familienrichterin, die sich zum Engel über gut und böse aufschwingt und bisweilen meint Lisa selbst, Kinder retten zu müssen.

Mit gutem Gefühl für Spannung und Unterhaltung führt die Autorin die Leser/innen so von einem Vorurteil ins nächste. Die ewig benachteiligte Prachtmutter, die arbeitslose Alleinerziehende der sogar die Badeinrichtung vorgeschrieben wird, die lunzende Oma Scheible und die Moslem-Familie, der vorgeworfen wird, sie wolle die eigene Tochter beschneiden lassen. Alle in diesem Roman haben Recht und sind Gutmenschen im Sinne der Kinder. Bei all der Menscherei geraten die aus dem Blick, die vielleicht schon abgeglitten sind, die wirklich Hilfe bräuchten, denen alles Gutmenschentum schon genug Schlechtes angetan hat. Fein fädelt Lehmann die Spannungsfäden zu einem Strick, der sich unmerklich um den Hals legt und in einem furiosen Finale nebst Gewalt, Dackel und Autojagd endet. Und wer nach aller Spannung noch nicht vergessen hat, worum es beim Kinderschutz auch gehen könnte (die Kinder, zum Beispiel), nimmt wirklich etwas aus den 285 Seiten mit (sab).

Christine Lehmann: Mit Teufelsg'walt. Roman. Hamburg: Ariadne im Argument Verlag 2009. 285 Seiten. 11,00 Euro.



Die Zukunft der Kinder

In diesem Buch über Paarbeziehung, Familie, Kinder und Gesellschaft kann man sich selbst wiederfinden. Egal, in welcher Art von Beziehung und welcher Form von Familie man gerade steckt, wo und wie man arbeitet - man kann sich mit Hilfe dieses Buches verorten. Die komplexen Verknüpfungen des eigenen Lebens werden einem ebenso sehr bewusst wie die noch komplizierteren Zusammenhänge des historischen Kontexts und die Interaktionsmuster aller irgendwie am eigenen Leben Beteiligten. Man kann aber auch einfach auf die persönliche Selbstreflexion verzichten und sich über die brillante Analyse bisheriger Forschungsergebnisse und politischer Strategien freuen. Als politisch agierender Mensch wird man Ansätze finden, die einen überzeugen und bei denen man sich fragt, warum sie nicht schon lange umgesetzt sind.

Birgit und Hans Bertram unterstützen in ihrem Buch die Forderung von Urie Bronfenbrenner, einem amerikanischen Soziologen, nach einer Verbesserung der kindlichen Lebensbedingungen. Ausführlich und plausibel legen sie dar, wie die unterschiedlichen Prozesse der kindlichen Entwicklung im Familienkontext ablaufen und widerlegen dabei das klassische Sozialisationsmodell, das in Deutschland immer noch das Standard-Erklärungsmodell in der Soziologie, Psychologie und der Pädagogik ist.

Sie beweisen, dass die Hypothese der „Vererbung sozialer Ungleichheit“ längst überholt, aber dennoch aus der aktuellen Diskussion nicht verschwunden ist. Auch PISA liegt der Ansatz der schichtspezifischen Sozialisationsforschung zugrunde, was die Untersuchungsergebnisse letztlich recht fragwürdig erscheinen lässt. Die Verengung auf die Bewertung naturwissenschaftlicher, sprachlicher und mathematischer Kompetenzen blendet eine Menge anderer Einflussfaktoren auf das Kind konsequent aus und bereitet damit den Weg zu noch mehr Kompensationsdruck. Bertram bezeichnet es als das falsche Konzept. PISA gebe nur eine Momentaufnahme wieder und außerdem sind da eine Fülle von Übersichtsarbeiten, die gezeigt haben, dass soziale Ungleichheiten, gemessen am ökonomischen Erfolg, nur zu einem kleineren Teil durch Schule,

kognitive Entwicklung und Eltern erklärt werden können.

Ihre Forderungen an eine moderne Familienpolitik kleiden Hans und Birgit Bertram in diplomatische Worte. Doch zwischen den Zeilen kommt immer wieder die Enttäuschung durch, dass viel mehr möglich wäre, als getan wird. Dass „nachhaltig“ immer auch „ganzheitlich“ bedeutet und dass es konkrete Möglichkeiten der Umsetzung gibt. Sie plädieren dafür, klassische Denkfiguren zu verlassen und die bio-sozialökologische nach Urie Bronfenbrenner einzunehmen. Dazu gehören:

Das Kompensationsmodell wird durch ein Interaktionsmodell ersetzt. Wer in der Familienpolitik zu Hause ist, weiß, was gemeint ist: Entsprechen Kinder in ihrem Verhalten oder ihren Leistungen nicht einer durchschnittlichen

Norm, wird schnell die elterliche Erziehungskompetenz angezweifelt und Kita und Schule müssen kompensatorisch reparieren, was die Eltern nicht schaffen.

Im Zentrum der Familienpolitik steht das kindliche Wohlbefinden. Seine Dimensionen sind in der UN-Kinderrechtskonvention und in vielen Publikationen vielfach genannt. Es sind dies insbesondere

die kindliche Gesundheit, adäquate Bildungschancen, ökonomische Armutsvermeidung, persönliche Sicherheit. Kommunikation mit Eltern und Freund/innen und subjektives Wohlbefinden.

Familienpolitik begreift sich als Politik zur Sicherung der Zukunft von Gesellschaft und fördert die gegenwärtige Kindergeneration optimal, sie strebt nicht primär eine höhere Geburtenrate an.

Familienpolitik ist vor allem auch Gleichstellungspolitik. Denn angesichts der Veränderungen in der Erwerbsarbeit und der Erziehung der Kinder müssen beide Geschlechter ihre Anteile übernehmen. (peg)

Hans und Birgit Bertram, Familie, Sozialisation und die Zukunft der Kinder, Verlag Barbara Budrich 2009, 234 Seiten

